

BUNDESTAG AKTUELL

Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 8. Juli 2011

Spatenstich für Breitbandausbau in Ottersberg

Am Montag haben wir den Startschuss für den Breitbandausbau in Benkel und Narthauen gegeben. Gemeinsam mit Bürgermeister Horst Hofmann ist es gelungen, das Projekt mit knapp 443.000 Euro aus Bundesmitteln zu fördern.

In einem neuen technischen Verfahren wird das Breitbandkabel am oberen Teil der Abwasserrohre verlegt. Diese innovative Methode sorgt dafür, dass der Ausbau einfach und zügig erfolgen kann.

146 Haushalte werden davon profitieren und noch in diesem Jahr sollen sie Internetanschlüsse mit einer Übertragungsrate von 50 MBit/s bekommen.



Das dort realisierte Projekt ist eines von zweien in Niedersachsen, die als Modellprojekte für den Breitbandausbau ausgewählt und mit Bundesmitteln ausgestattet wurden.

Ich freue mich, dass die dort aktive Bürgerinitiative beharrlich für ihr Ziel eingetreten ist und es uns gemeinsam mit dem engagierten Ottersberger Bürgermeister gelungen ist, den Breitbandausbau in Benkel und Narthauen voran zu bringen.

50. Jahrestag des Mauerbaus Verklärung der DDR entgentreten

Am 13. August jährt sich zum 50. Mal der Bau der Berliner Mauer, mit der die DDR die Massenflucht ihrer Bürger brutal unterband und die Teilung Deutschlands zementierte. Heute, mehr als zwanzig Jahre nachdem die Bürger in Ostdeutschland durch außergewöhnlichen Mut und Einsatz die SED-Diktatur in die Knie gezwungen haben, wissen junge Menschen oftmals wenig über die Geschichte der DDR. Mancherorts ist überdies ein nostalgisch geprägter Rückblick entstanden. An der Umdeutung der SED-Diktatur zum autoritären Sozialstaat arbeitet insbesondere die Linkspartei intensiv. Bis heute hat die Partei, die in direkter Nachfolge zur SED steht, sich nicht klar und eindeutig von den im Namen des Sozialismus begangenen Verbrechen distanziert. Im Entwurf ihres neuen Grundsatzprogrammes zeichnet sie ein DDR-Bild, das den historischen Tatsachen Hohn spricht. Als CDU/CSU-Fraktion ist es uns ein zentrales Anliegen, die Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur zu verstärken und in diesem Zusammenhang insbesondere auch Widerstand und Opposition in der DDR zu würdigen. Aus diesem Grund haben wir im Rahmen der Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts die Aufarbeitung der SED-Diktatur als neuen Förderungsschwerpunkt eingerichtet. Sichtbarer Ausdruck unserer Anstrengungen sind etwa die Eröffnung einer Dauerausstellung zum Thema „Teilung und Grenze im Alltag der Deutschen“ im Tränenpalast – der ehemaligen Grenzübergangsstelle am Bahnhof Friedrichstraße – im Herbst oder die Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes, das wir bald abschließend beraten und mit dem wir die Überprüfungsmöglichkeiten auf eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR nicht nur verlängern, sondern auch ausweiten werden.

Entlastung der unteren und mittleren Einkommen

Die christlich-liberale Koalition wird kleinere und mittlere Einkommen zum 1. Januar 2013 steuerlich entlasten und die kalte Progression vermindern. Damit sorgen wir dafür, dass mehr netto vom Bruttoeinkommen beim Steuerzahler verbleibt. Angesichts der guten wirtschaftlichen Entwicklung ergeben sich aufgrund höherer Wachstumswerte zusätzliche Handlungsspielräume auf der Einnahmeseite. Die Koalition wird im Herbst die vorhandenen Spielräume ausnutzen und einen Gesetzentwurf vor der endgültigen Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2012 vorlegen. Außerdem werden wir angesichts der guten Beschäftigungslage die Sozial-

versicherungsbeiträge senken. So erreichen wir, dass alle Bürgerinnen und Bürger am Aufschwung teilhaben können.

Mit dieser Entscheidung setzt die christlich-liberale Koalition den Kurs der steuerlichen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger konsequent fort: Bereits im Jahr 2010 hatten wir mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz das Kindergeld und die Kinderfreibeträge deutlich angehoben und die Steuerzahler mit über 20 Mrd. Euro entlastet. Durch das Steuervereinfachungsgesetz, das im Wesentlichen zum 1.1.2012 in Kraft tritt, wird zusätzlich zu den Steuervereinfachungen auch die Steuerbelastung um rund 600 Mio.

Euro gesenkt.

Durch die vereinbarte weitere Entlastung zum 1. Januar 2013 entsteht für die Bürger ein zusätzlicher finanzieller Freiraum. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Konsum und mehr Investitionen. Die Binnennachfrage wird gestärkt. Steuerpolitik ist damit auch Wachstumspolitik.

Gleichzeitig setzt die christlich-liberale Koalition ihren Konsolidierungskurs fort. Die Schuldenregel wird eingehalten. Die gute wirtschaftliche Entwicklung sorgt dafür, dass beides möglich ist: Die Sanierung des Bundeshaushalts und die Entlastung der Bürger.

Speicherung von CO2

Das in zweiter und dritter Lesung verabschiedete Gesetz zur Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid ermöglicht die weitere Erforschung sowie die Erprobung und Demonstration der CCS-Technologien in Deutschland.

Das Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die geologische Speicherung von Kohlendioxid in deutsches Recht. Die Zulassung von Kohlendioxidspeichern ist mengenmäßig und zeitlich begrenzt. Ich freue mich, dass es dem niedersächsischen Ministerpräsidenten

McAllister zu verdanken ist, dass die Länder entscheiden können, ob sie Gebiete für die Erprobung und Demonstration der Kohlendioxidspeicherung festlegen oder ausschließen wollen. Ich bin noch skeptisch und halte die Technologie nicht für weit genug entwickelt und sehe dort momentan mehr Risiken als Chancen.

Entschädigung von ehemaligen Heimkindern

Der überfraktionelle Antrag „Opfern von Unrecht und Misshandlungen in der Heimerziehung wirksam helfen“ knüpft an die Empfehlungen des Runden Tisches Heimerziehung an, der ein Maßnahmenbündel vorschlägt zur Wiedergutmachung für ehemalige Heimkinder in

der Bundesrepublik Deutschland, die in den Jahren von 1945 bis 1975 Leid und Unrecht erlitten haben.

Als Rehabilitierung werden immaterielle Hilfen (Beratung, individuelle Hilfe, Unterstützung) sowie materielle Hilfen vorgeschlagen, die ge-

eignet sind, heute noch vorhandene Folgen aus der Zeit der Heimerziehung zu mindern. Obwohl eigentlich primär Kirchen und Länder hierfür zuständig sind, wird sich der Bund an einem noch einzurichtenden Fonds beteiligen.

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71322
Fax: 030/227-76932

Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de
Redaktion: Tatjana Range